Gemeinde Heidgraben

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 1024/2022/HD/BV

Fachbereich: Finanzen	Datum: 08.11.2022
Bearbeiter: O. Sörensen	AZ:

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalwesen der Gemeinde Heidgraben	28.11.2022	öffentlich
Gemeindevertretung Heidgraben	05.12.2022	öffentlich

2. Nachtragssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Beitrags- und Gebührensatzung Wasserversorgung)

Sachverhalt:

Für die Versorgung der Grundstücke in Heidgraben mit Wasser wird auf Basis der gemeindlichen Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser eine Frischwassergebühr erhoben. Zur Deckung der Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der Wasserversorgungsanlagen einschließlich Verzinsung des aufgewandten Kapitals und Abschreibungen werden Benutzungsgebühren erhoben. Sie gliedern sich in Grundgebühren und Zusatzgebühren. Eine Anpassung erfolgte zuletzt 01.01.2021 durch Anhebung der Zusatzgebühr von 1,32 €/m³ auf 1,52 €/m³ netto. Die Grundgebühr blieb unverändert bei 4,00 € monatlich je Einheit.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gebührenaussgleichsrücklage Frischwasser der Gemeinde Heidgraben verfügte per 31.12.2021 über einen Bestand in Höhe von 63.408,67 €. Diese Kostenüberdeckungen sind laut Kommunalabgabengesetz Schleswig-Holstein innerhalb der nächsten 3 Jahre an die Gebührenzahler auszugleichen und bei der Gebührenkalkulation entsprechend zu berücksichtigen. Die Kalkulation ist dieser Sitzungsvorlage als **Anlage 1** beigelegt. Des Weiteren ist der Entwurf über die 2. Nachtragssatzung als **Anlage 2** beigelegt.

Aufgrund der Mehreinnahmen wird seitens der Verwaltung eine Senkung der Frischwassergebühren im Bereich der Zusatzgebühr von derzeit 1,52 €/m³ auf 1,25 €/m³ vorgeschlagen.

Die Anpassung der Frischwassergebühr wird zum 01.01.2023 empfohlen.

Erklärung:

Nach § 6 (2) S. 2 Kommunalabgabengesetz für Schleswig-Holstein (KAG) sind die Kosten für öffentliche Einrichtungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln. Betriebswirtschaftliche Kosten umfassen auch eine angemessene Abschreibung des vorhandenen Anlagevermögens. Dabei kann die Gemeinde auf Anschaffungs- und Herstellungskosten oder Wiederbeschaffungszeitwerte abstellen. Die vorgelegte Gebührenkalkulation beinhaltet Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten, die verwaltungsseitig empfohlen werden.

Bei der Abschreibung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten wird lediglich der historische Anschaffungswert durch die Nutzungsdauer geteilt und als Abschreibung berücksichtigt. Der Aspekt der Inflation bleibt unbeachtet. Preisindizes des Statistischen Bundesamtes zu Ortskanälen machen deutlich, welchen Effekt die Inflation über lange Abschreibungsdauern haben. Betrachtet man den Indexwert von 2021, so haben sich die Kosten von Entwässerungseinrichtungen innerhalb der letzten 35 Jahre ungefähr verdoppelt. Um die tatsächlichen Kosten einer Neuanschaffung der Anlagegüter zu erwirtschaften, müsste man für die Abschreibung mutmaßliche Kaufpreise nach Ablauf der Nutzungsdauer ansetzen. Wenngleich diese Vorgehensweise den tatsächlichen Wiederbeschaffungskosten entsprechen würde, ist eine derartige Kalkulation nicht zulässig. Lediglich die Berücksichtigung des Wiederbeschaffungszeitwertes, der das Preisniveau im Zeitpunkt der Gebührenkalkulation berücksichtigt, wird im Abgabenrecht gebilligt.

Finanzierung:

Benutzungsgebühren sollen so bemessen werden, dass sie die erforderlichen Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der öffentlichen Einrichtung decken.

Fördermittel durch Dritte:

Entfällt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personalwesen empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt, die Zusatzgebühr zum 01.01.2023 auf 1,25 €/m³ zu reduzieren und die 2. Nachtragsatzung zu beschließen.

Bürgermeister Jürgensen

Anlagen:

Gebührenkalkulation 2023
Entwurf 2. Nachtragssatzung